

**Standesbegehren Gahlinger-Niederhelfenschwil:  
«Entschädigung für die Opfer von Impfstoff-Nebenwirkungen**

Die Coronazeit hat uns alle gefordert, denn es war auch die Zeit der Falschmeldungen und der Fehleinschätzungen, eine Zeit von Gewinnmaximierung und Totalverlust, eine Zeit von Spaltung und Misstrauen und von massiv eingeschränkten Grundrechten.

Fakt ist, die Covid-Impfung schützte weder vollständig vor Ansteckung, noch vor Weitergabe des Virus. Weiter zeigte sich, dass durch die Zertifikatspflicht nicht nur die Gesellschaft gespalten und Menschen ausgegrenzt wurden, sondern ihnen auch eine falsche Sicherheit vorgegaukelt wurde.

Nicht nur das Wegsperrten der alten Menschen im Jahr 2020 war unangebracht, auch die massiven Einschränkungen für die Jugend im Jahr 2021. Die Folgen sind bekannt: Vereinsamung, viele Suizide und eine Überlastung der Psychiatrien.

Es ist eine Tatsache, dass zum Beispiel Männer unter 40 Jahren durch den Impfstoff Moderna ein 13-mal höheres Risiko an einer Herzmuskelentzündung als durch das Virus selbst haben. In anderen Ländern wurde die Impfung bei gewissen Altersklassen oder bei Männern sofort ausgesetzt. Folgen der Impfstoffe waren und sind Gürtelrosen, Hirnschläge, Herzstillstände, Teil- und Ganzlähmungen, Epileptische Anfälle, Totalerschöpfung etc.

Zu bedenken sind auch die fehlende Stärkung der Immunsysteme von Kindern und Jugendlichen, die Verschleppung der üblichen Kinderkrankheiten etc.

Auch der finanzielle Aspekt ist empörend, wurden doch allein über 270 Mio. Franken (entsprechend ca. 10 Mio. Impfdosen) zu Sondermüll. Dieses Geld wäre in der Pflege für die Pflegenden wie auch für die Gesundheit der Menschen besser investiert gewesen.

Während verschiedene Kantone immer noch an der Aufarbeitung von lange zurückliegenden unzulässigen Medikamentenversuche an Menschen oder Zwangsmassnahmen sind, wollen nun gewisse Kreise einfach alles unter den Teppich wischen.

Angebracht wäre eine Entschuldigung an alle ungeimpften Mitmenschen, wurden diese doch von höchster Stelle direkt oder indirekt zu Unrecht als unsozial etc. betitelt.

Zu den gravierendsten Auswirkungen der faktischen Pflicht zum Impfen durch die Einführung der Zertifikatspflicht gehörten die zum Teil schweren Nebenwirkungen der Impfstoffe und die Opfer sollten entsprechend entschädigt werden

Das Präsidium wird eingeladen, bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

Der Kantonsrat lädt die Bundesversammlung ein, das Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) dahingehend zu ergänzen, eine Meldepflicht für Nebenwirkungen von Impfungen einzuführen und den betroffenen Personen zu ermöglichen, finanzielle Entschädigungen geltend zu machen.»